

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 12. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 10.01.2017
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker Winden
Herr Klaus Brand Ehr
Herr Karl Peter Bruch Nastätten
Herr Jörg Denninghoff Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Harald Gemmer Eisighofen *(ab 17.15 Uhr)*
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Heinz Keul Fachbach
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen
Herr Hans-Josef Kring Lykershausen
Herr Matthias Lammert Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Johannes Lauer Lahnstein
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen
Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt
Herr Dennis Maxeiner Dahlheim
Herr Dietmar Meffert Diez

| | |
|--------------------------|----------------|
| Herr Ernst-Georg Peiter | Miehlen |
| Herr Udo Rau | Nassau |
| Herr Oliver Sacher | Gemmerich |
| Herr Peter Schleenbecker | Katzenelnbogen |
| Frau Eva Schmidt | Singhofen |
| Herr Michael Schnatz | Diez |
| Herr Thomas Scholl | Oelsberg |
| Frau Evelin Stotz | Schiesheim |
| Herr Birk Utermark | Bad Ems |
| Frau Irmtraud Wahlers | Fachbach |
| Herr Josef Winkler | Bad Ems |
| Herr Mike Weiland | Kamp-Bornhofen |
| Frau Rita Wolf | Braubach |

D. Es fehlen:

| | |
|--|--------------|
| Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst | Niederneisen |
| Herr Matthias Boller | Lahnstein |
| Herr Werner Groß | Lahnstein |
| Herr Peter Labonte | Lahnstein |
| Frau Ursula Ohl | Altendiez |

E. Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herrn Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Frau stv. Geschäftsbereichsleiterin Andrea Kleinmann
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies
Herr stv. Abteilungsleiter Alexander Neeb
Herr Thorsten Butzke
Herr Rindsfüßer

F. Schriftführerin:

Frau Anna Klein

G. Gäste:

Herr Staatsminister Dr. Wissing,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Herr Noll, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Herr Nink, Landesbetrieb Mobilität Diez

Vertreter des SWR
Vertreter von TV-Mittelrhein
Vertreter von RPR 1
Vertreter der Rhein-Lahn-Zeitung
Mitglieder des Kreistages des Rhein-Hunsrück-Kreises
Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistags um 17:05 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 21.12.2016 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

Öffentliche Sitzung:

- Mittelrheinbrücke

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der **Vorsitzende**, dass Vertreter der örtlichen Medien anwesend seien und bittet daher um Genehmigung der Aufzeichnung von Bild und Ton gem. § 28 Abs. 1 Landkreisordnung.

Die Mitglieder des Kreistages stimmen der Aufzeichnung von Bild und Ton gemäß § 28 Abs. 1 Landkreisordnung einstimmig zu.

Der **Vorsitzende** begrüßt zunächst Herrn Staatsminister Dr. Wissing, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Herrn Noll, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, sowie Herrn Nink, Leiter des Landesbetriebes Mobilität Diez. Er begrüßt zudem die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Vertreter der Medien und die anwesenden Mitglieder des Kreistages des Rhein-Hunsrück-Kreises.

Der Vortrag des **Vorsitzenden** ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Sodann übergibt er das Wort an Herrn Staatsminister **Dr. Wissing**.

Der Vortrag von Herrn Staatsminister **Dr. Wissing** ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 2).

Herr **Göller** betont zunächst die Bedeutung des Themas. Es solle keine Zeit verloren werden, weshalb die Sondersitzung erforderlich sei. Das Projekt sei existenziell. Auch für den Rhein-Hunsrück-Kreis, eine Brücke sei für die Unternehmen auf beiden Seiten des Rheins notwendig. Er richte daher die Botschaft an den Rhein-Hunsrück-Kreis, dass die Brücke

auf beiden Seiten gebraucht werde. Von der Landesregierung fordere man eine höchstmögliche Unterstützung, sobald konkrete Zahlen vorliegen. Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Es sei wichtig, Lösungen zu finden und lösungsorientiert zu arbeiten. Er bedauere, dass keine gemeinsame Sitzung mit dem Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises zu Stande gekommen sei. Er richte an Herrn Landrat Bröhr den Appell, dass die gute Zusammenarbeit beider Rheinseiten aus den vergangenen Jahren nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Es sei zudem wichtig, dass wieder mehr Sachlichkeit in die Diskussion gebracht werde. Offene Fragen könnten im weiteren Planungsverfahren geklärt werden. Seine Botschaft sei daher, gemeinsam zu planen. Dem Beschlussvorschlag sollte zugestimmt werden und auch seitens des Rhein-Hunsrück-Kreises sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Herr **Lammert** führt an, die CDU Rhein-Lahn stehe weiterhin uneingeschränkt hinter einer schnellstmöglichen Umsetzung der Brücke. Es gehe in der heutigen Sitzung darum, im Rhein-Lahn-Kreis eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen. An den Rhein-Hunsrück-Kreis gerichtete Vorwürfe seien nicht zielführend. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er merkt an, dass seinerzeit allerdings bereits einem Raumordnungsverfahren zugestimmt worden sei und Gelder zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Planung sei dann nicht weiter verfolgt worden. Dies dürfe sich nicht wiederholen. Aus diesem Grund solle ein konkreter Zeitplan seitens der Planer und der Landesregierung vorgelegt werden. Er betont, dass er daher insbesondere den unter Punkt 3 aufgeführten Beschlussvorschlag befürworte. Er sehe auch im Rhein-Hunsrück-Kreis den Willen für den Brückenbau. Es gehe darum, dass bereits Geld hierfür ausgegeben worden sei, ohne dass die Planung dann letztlich weiter voran gebracht worden sei. Sofern darüber diskutiert werde, ob alleine der Rhein-Lahn-Kreis ein Raumordnungsverfahren anstoße, müsse über die Kosten gesprochen werden.

Herr **Hartmann** führt aus, dass bereits seit 25 Jahren über die Thematik diskutiert werde. So könnten keine Lösungen herbeigeführt werden. Man brauche ein Raumordnungsverfahren. Es sei ärgerlich, dass seinerzeit Mittel ausgegeben worden seien, ohne dass eine weitere Planung erfolgt sei. Es sei allerdings zu berücksichtigen, dass auch insbesondere mittelständische Unternehmen die Brücke brauchen würden. Bezüglich des Fördersatzes des Landes begrüßt er die Aussage von Herrn Dr. Wissing, dass er dafür Sorge und daran arbeite, dass die Förderung der Brücke weit über den Standardsatz hinausgehe. Konkrete Zahlen könnten erst genannt werden, wenn feststehe was für eine Art von Brücke gebaut werde und wohin diese gebaut werde. Die FWG-Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen.

Herr **Winkler** merkt an, dass sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Beschluss angeschlossen habe, dass gemeinsam beraten werden sollte, unabhängig davon, ob man sich für oder gegen den Bau einer Mittelrheinbrücke ausspreche. Seine Fraktion im Rhein-Lahn-Kreis sei immer gegen den Bau einer Brücke gewesen, da nach Abwägung aller Gesichtspunkte mögliche negative Implikationen überwiegen würden. Hier seien beispielsweise der Eingriff in die Natur, ein zu gering prognostiziertes Verkehrsaufkommen sowie

die Folgekosten durch die Unterhaltungskosten zu nennen. Punkt 3 des Beschlussvorschlages und die Forderung nach einer einvernehmlichen Regelung halte er für sinnvoll. Bezüglich der Höhe einer Förderung nimmt er Bezug auf die Anfrage von Frau Blatzheim-Roegler, MdL, an das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. In der entsprechenden Beantwortung der Anfrage, die auch an die Mitglieder des Kreisausschusses weitergeleitet worden sei, sei eine Bereitschaft zu einer höheren Kostenförderung nicht angekündigt worden. Er führt weiterhin an, die Thematik sei nicht trennbar von der Frage der weiteren Entwicklung des Fährbetriebes. Seine Fraktion könne sich aus den in den bisherigen Diskussionen angeführten Gründen den Punkten 1 und 2 der Beschlussvorlage nicht anschließen. Allerdings könne man den Punkten 3 und 4 zustimmen, sofern eine getrennte Abstimmung vorgenommen werde.

Herr **Sacher** führt an, die ALFA-Kreistagsfraktion schließe sich der Forderung nach maximaler Beschleunigung des Projektes an und werde uneingeschränkt zustimmen.

Frau **Becker** bedankt sich zunächst bei Herrn Dr. Wissing für die Teilnahme an der Sitzung. Durch die Teilnahme werde auch ein Signal gegeben, dass auch die Landesregierung hinter der Brücke stehe. Sie hoffe darauf, dass auch der Rhein-Hunsrück-Kreis eine weitere Planung beschließe. Sie stehe uneingeschränkt hinter dem Beschlussvorschlag. Die Sitzung sei ein wichtiger Schritt und auch ein Signal an den Rhein-Hunsrück-Kreis.

Herr **Lenz** bedankt sich ebenfalls zunächst bei Herrn Dr. Wissing für die Teilnahme an der Sitzung. Er spricht sich gegen einen Brückenbau aus. Er führt an, dass die Fährbetreiber mit dem Bau einer Brücke keine Chance mehr hätten, ihren Betrieb aufrechterhalten zu können. Er regt an, warum nicht darüber nachgedacht werde, die Fähren in kommunale Hand zu nehmen. Weiterhin kritisiert er die Kosten und dass es sich eher um ein Fernkonzept handele. Der Fährbetrieb müsse in ein Konzept mit aufgenommen werden. Er führt aus, dass, sofern Ausschreibungen durch das Vorhandensein einer Rheinquerung für Unternehmen auf beiden Rheinseiten interessant sein könnten, auch die Preise sinken und Arbeitsplätze verloren gehen könnten.

Der **Vorsitzende** betont insbesondere vor dem Hintergrund der Kostenfrage und der Unterhaltungskosten, dass es sich um ein generationenübergreifendes Projekt handele.

Herr **Dr. Wissing** bedankt sich für die Wortbeiträge der Sprecher der vertretenen politischen Gruppen. Er könne nachvollziehen, dass eine Verunsicherung dadurch entstanden sei, dass bereits Geld in die Planung investiert worden sei. Er bittet allerdings, den Fokus auf das gegenseitige Vertrauen zu legen. Es müsse sich um einen vernünftigen Kostenrahmen handeln und auch die Frage der Unterhaltungskosten solle frühzeitig angesprochen werden. Die Brücke sei eine Chance für die Region, für Unternehmen und ein Anreiz auch für junge Menschen. Bezüglich der Aussage von Herrn Winkler hinsichtlich der Anfrage von Frau Blatzheim-Roegler, MdL, führt er aus, einen individuellen Fördersatz könne er nicht im Alleingang bestimmen, dies sei entsprechend abzustimmen. Deshalb sei der Regelsatz genannt. Es sollte damit nicht signalisiert werden, dass es für das Projekt aus-

schließlich den Regelfördersatz gebe. Es solle so früh wie möglich auch eine konkrete Förderzusage gegeben werden. Ohne Raumordnungsverfahren könne es keine Brücke geben. Sofern Bedingungen gestellt würden, die nicht umsetzbar seien, da ein solches Verfahren notwendig sei, müsse man sich die Frage stellen, ob die Brücke gewollt sei. Er appelliere an einen offenen und ehrlichen Umgang aller Beteiligten. Auch bewerte er die angeführte Kritik positiv, da so offene Fragen angesprochen und geklärt werden könnten. Er glaube nicht, dass eine Brücke den Fährbetrieb ersetze. Er zitiert diesbezüglich einen Ausschnitt aus dem getroffenen Koalitionsvertrag. In einem Raumordnungsverfahren werde der Fährbetrieb mit einbezogen. Er nimmt zudem Bezug auf öffentliche Diskussionen im Hinblick auf Kostensteigerungen von Bauprojekten. Er führt an, dass es zu bedenken gelte, dass gewisse Faktoren, wie beispielsweise absehbare Preissteigerungen für Stahlpreise, nicht vorab in die Kalkulation einfließen dürften. Er schätze das Projekt des Baus einer Mittelrheinbrücke auch im Hinblick auf die Kosten positiv ein. Im Raumordnungsverfahren würden weitere kritische Fragen geprüft.

Er betont, dass auch vom Rhein-Hunsrück-Kreis eine Zustimmung zum Raumordnungskonzept benötigt werde. Der Zusammenhalt der Region müsse gewahrt bleiben und die überregionale Zusammenarbeit spiele eine enorme Rolle.

Herr **Güllering** führt an, er bedanke sich auch im Namen der Bürgerinitiative „pro Brücke“ für die Teilnahme an der Sitzung bei Herrn Dr. Wissing sowie für die gemachten Ausführungen. Hinsichtlich des Raumordnungsverfahrens merkt er an, dass überlegt werden solle, wie weiter verfahren werde, sofern der Rhein-Hunsrück-Kreis zunächst keine Gelder für ein Raumordnungsverfahren bereitstelle. Er schlägt vor, in einem solchen Fall die kommunalen Kostenanteile durch das Land vorzufinanzieren und diese dann in Abhängigkeit der weiteren Planung zu einem späteren Zeitpunkt abzurechnen. Dieser Vorschlag erfolge als Kompromissvorschlag, um mit dem Projekt insgesamt weiter voranzukommen.

Herr **Groß** erkundigt sich, warum es sich um eine Kreisstraße handele, wenn zwei Bundesstraßen miteinander verbunden würden.

Herr **Utermark** fragt an, ob ein Vertrag geschlossen werden könne, in welchem das Land den Kreisen eine langfristige Unterstützung bei den Unterhaltungskosten zusage.

Herr **Göller** merkt an, dass ein gemeinsamer Start mit dem Rhein-Hunsrück-Kreis wichtig sei. Er schlage daher vor, dass die Sitzung im Rhein-Hunsrück-Kreis abgewartet werden solle. Die Gelder seien ja auch im Rhein-Hunsrück-Kreis in den Haushalt eingestellt worden.

Herr **Kring** betont, dass es durchaus möglich sei, dass die Fähren auch bei einem Bau der Brücke weiter betrieben würden. Es sei auch für künftige Generationen wichtig, dass die Brücke gebaut werde.

Herr **Dr. Wissing** führt aus, dass ein Entgegenkommen seitens des Landes soweit wie möglich erfolge. Es würden 459 T€ sowie die Personalkosten für das Raumordnungsverfahren vom Land getragen. Er betont, dass für die Zusammenarbeit die Vertrauensbasis wichtige Grundlage sei. Es handele sich um ein kommunales Projekt, dies richte sich nach dem Bundes- und Landesfernstraßengesetz. Hiernach gehe es um die Funktion, weshalb auch eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan nicht erfolgen könne. Bezüglich der Unterhaltungskosten solle ein offener Dialog geführt werden. Die Infrastruktur sei gerade auch für den ländlichen Raum von Bedeutung. Es könne nicht auf ein Raumordnungsverfahren verzichtet werden. Dies müsse zur Kenntnis genommen werden und auch Gelder hierfür bereitgestellt werden, sonst bedeute dies als Konsequenz auch ein Nein für den Bau einer Brücke.

Herr **Ferdinand** erkundigt sich nach der weiteren Perspektive zur Schaffung des Baurechts, sofern auch der Rhein-Hunsrück-Kreis zustimme und ein Raumordnungsverfahren eingeleitet werde.

Herr **Dr. Wissing** betont, dass es schwierig sei, entsprechende Prognosen zu geben. Es gebe hier keine Richtwerte.

Herr **Weiland** bittet die Fraktionen darum, auch auf die Fraktionen des Rhein-Hunsrück-Kreises zuzugehen, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt der **Vorsitzende** die Punkte 1 und 2 sowie 3 und 4 des Beschlussvorschlages getrennt voneinander zur Abstimmung und trägt die Inhalte wörtlich vor.

Der Kreistag beschließt mit 35 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen:

1. Der Rhein-Lahn-Kreis bekräftigt seinen nachdrücklichen Wunsch zur Realisierung einer festen Mittelrheinquerung und beauftragt den Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz die notwendigen Unterlagen zu erstellen und das Raumordnungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Zur Vorbereitung und Durchführung des Raumordnungsverfahrens ist der Rhein-Lahn-Kreis bereit sich mit Finanzierungsmitteln in Höhe von insgesamt 100 T€ zu beteiligen.

2. Der Rhein-Lahn-Kreis bittet das Land Rheinland-Pfalz alle möglichen Schritte zu unternehmen, damit zügig mit dem Raumordnungsverfahren gestartet werden kann.

Der Kreistag beschließt mit 38 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung:

3. Weitere Entscheidungen und finanzielle Beteiligungen des Rhein-Lahn-Kreises erfolgen erst nach Vorliegen einer einvernehmlichen Regelung des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Rhein-Hunsrück-Kreis und dem Rhein-Lahn-Kreis im Hinblick auf den Bau und die dauerhafte Unterhaltung der Mittelrheinbrücke.

4. Der Rhein-Lahn-Kreis wird regelmäßig über den Fortgang des Raumordnungsverfahrens

rens informiert.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für den gefassten Beschluss und bei allen Anwesenden für die Teilnahme an der Sitzung.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 12. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 18.50 Uhr.

Der Vorsitzende:

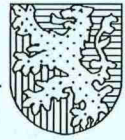
gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

gez.

(Anna Klein)



1. **Beschlussmitteilung**
zur 12. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode am 10.01.2017

Öffentliche Sitzung:

Mittelrheinbrücke

Der Kreistag beschließt mit 35 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen:

1. Der Rhein-Lahn-Kreis bekräftigt seinen nachdrücklichen Wunsch zur Realisierung einer festen Mittelrheinquerung und beauftragt den Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz die notwendigen Unterlagen zu erstellen und das Raumordnungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Zur Vorbereitung und Durchführung des Raumordnungsverfahrens ist der Rhein-Lahn-Kreis bereit sich mit Finanzierungsmitteln in Höhe von insgesamt 100 T€ zu beteiligen.
2. Der Rhein-Lahn-Kreis bittet das Land Rheinland-Pfalz alle möglichen Schritte zu unternehmen, damit zügig mit dem Raumordnungsverfahren gestartet werden kann.

Der Kreistag beschließt mit 38 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung:

3. Weitere Entscheidungen und finanzielle Beteiligungen des Rhein-Lahn-Kreises erfolgen erst nach Vorliegen einer einvernehmlichen Regelung des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Rhein-Hunsrück-Kreis und dem Rhein-Lahn-Kreis im Hinblick auf den Bau und die dauerhafte Unterhaltung der Mittelrheinbrücke.
4. Der Rhein-Lahn-Kreis wird regelmäßig über den Fortgang des Raumordnungsverfahrens informiert.

2. An: **BL**

Und: **ZGG**

Und: **Abteilung 9**

Und: **Abteilung 6**

zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls mit der Bitte um Ausführung des Beschlusses / der Beschlüsse.

Bad Ems, 10.01.2017

(Frank Puchtler)
Landrat



Ausgefertigt
Im Auftrag:

(Anna Klein)
Kreisoberinspektorin

Rede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zur Sondersitzung des Kreistages am 10.01.2017

-es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine wichtige Sitzung, mit einem ganz entscheidenden Thema. Und die Anwesenheit vieler Gäste, vieler Initiativen, vieler Medien zeigt sehr deutlich, es ist ein wichtiges Projekt.

Und wie unser „Kreishandwerkspräsident“, lieber Herr Johannes Lauer, letzte Woche in der gemeinsamen Sitzung gesagt hat: „Es ist für das Handwerk auch eine existenzielle Frage“.

Dies unterstreicht die Bedeutung der heutigen Sitzung und diese unterstreicht aus meiner Sicht auch die Bedeutung des Projektes, was wichtig ist, was existenziell ist und was aber auch eine Größe hat, die man mit Partnern gemeinsam angeht – mit Partnerschaft kann mehr anschieben, kann mehr leisten und hat stets auch ein gemeinschaftliches Gefühl.

Und einen der Partner haben wir heute für unsere Sitzung gewinnen können, es gab einige Gespräche in Mainz und er hat angeboten teilzunehmen, weil Fragen aus unseren Gremien bestehen. Er hat sofort zugesagt, das Angebot habe ich angenommen und ich darf recht herzlich begrüßen unseren Staatsminister aus Mainz, lieber Herr Dr. Wissing und herzlichen Dank, das ist ein Ausdruck von Wertschätzung, dass Sie zu uns in den Rhein-Lahn-Kreis kommen. Und wir konnten gestern Günter Kern beim Neujahrsempfang begrüßen, heute unseren Staatsminister, also innerhalb von 24 Stunden 2 Mitglieder der Landesregierung, dies ist auch für mich eine Wertschätzung, eine gute Grundlage um mit einem Thema für die gesamte Region weiterzukommen. Herzlich Willkommen, lieber Herr Dr. Wissing.

Partnerschaft, wir sind ja hier in einem sportlichen Kreis unterwegs, hat immer auch etwas mit Sport zu tun. Sportlichkeit bedeutet auch, dass auch mal gerungen werden muss und das machen wir im sportlichen Sinne auch. Um die Bandbreite der Sportarten deutlich zu machen, die vielleicht auch dann ein bisschen zur Anschauung bringen, wie wir gemeinschaftlich das Ganze angehen können: Wir spielen im Kreis Federball, wir spielen auch manchmal Eishockey, dazwischen liegt viel, aber immer ist es verbunden mit einer gemeinschaftlichen Vorgehensweise. Und die Zusammenarbeit unterstreichen Sie, lieber Herr Minister auch mit Ihren Kollegen, die anwesend sind. Ich darf recht herzlich begrüßen aus dem zuständigen Verkehrsministerium, Herr Noll, der der Fachmann ist für die zentrale Aufgabenstellung und an seiner Seite Lutz Nink vom Landesbetrieb Mobilität, der oft hier bei uns im Kreis dabei ist, wenn es um Projekte wie Kreisstraßenbau und um andere Bereiche geht. Ihnen beiden ein herzliches Willkommen und ich bin dankbar, dass auch die Fachleute, die, die nachher umsetzen, planen, die das Ganze handwerklich auf den Weg bringen, heute mit dabei sind, herzlich Willkommen, wir brauchen Sie.

Brücke -

wenn man in die Lexika schaut dann heißt es so schön: Brücke ist ein Bauwerk, das es ermöglicht einen Fluss/ ein Tal zu überqueren. Stimmt genau. Und in einer zweiten Passage steht: Brücke – etwas, das eine verbindende Funktion hat. Genau

darum geht es. Brücken waren schon immer, auch wenn man die Geschichte von Regionen verfolgt, Ausgangspunkt für wirtschaftliche Entwicklung, für soziale Entwicklung, für gesellschaftliche Entwicklung und kulturelle Entwicklung. Dort, wo Brücken sind, kommen Menschen zusammen, es entsteht Handel, es entsteht Gespräch, Diskussion, Entwicklung in vielseitiger Form und das ist das zentrale Thema. Auch wenn man die Wertmaßstäbe sieht, warum die Mittelrheinbrücke ein großes Ziel ist. Es geht hier um eine Entwicklungsperspektive und ich sage das weit über unsere aktuelle Generation hinaus, denn wenn es uns gelingt, den Brückenschlag zu meistern, dann werden nicht nur aktuelle und zukünftige Generationen, sondern viele Menschen die Möglichkeit haben, zusammenzukommen, wirtschaftlich aktiv zu sein, sozial und gemeinschaftlich. Von daher glaube ich, ist es wichtig, dass wir diese Schritte entsprechend gehen. Und da wird viel gesprochen und da wird viel diskutiert, wie kommt man denn zur Brücke, wie kommt man denn zum Ziel. Dieses Thema bewegt auch die Menschen in unserem Kreis.

Gestern beim Neujahrsempfang hat mich ein rüstiger älterer Herr angesprochen und hat gesagt: „Morgen habt ihr doch die Sitzung, erzähl denen mal kurz wie ich mein Haus gebaut habe“. Er sagt: „Nach dem Krieg, Familie, zwei Kinder, Raumbedarf, ich musste was tun, finanzielle Mittel waren überschaubar. Was macht man da. Man holt die Familie zusammen, gemeinschaftlich, jeder guckt was er einbringen kann“ und dann sagt er „war der Schwager ein Maurer und der hat gesagt Stopp, bevor ich hier Mauern kann, braucht man einen Plan, braucht man ein Konzept“. „Also“, sagt er, „haben wir einen Architekten beauftragt. Und dann sind wir das auch gemeinschaftlich durchgegangen“.

Wie beim Hausbau erfolgt mit den Beteiligten zunächst die Planung - man guckt, man überlegt und hat damit später eine Grundlage die wirtschaftlich ist, die räumlich ist, die konzeptionell ist. Und dann kommt der zweite Schritt, aber das ist dann der zweite Schritt, der untrennbar damit verbunden ist, dass ich das Ganze auch finanztechnisch stemme. „Da holt man auch die Familie zusammen, dann geht's auf den Weg“ hat er gesagt „es war dann ein Landesbaudarlehen, ein Bausparkassendarlehen und ein Bankdarlehen“. Egal wer der Mittelgeber war, letztendlich war immer einer, der auf dem Darlehensauszug stand, das war er, der Bürger. Ich glaube die Botschaft ist, Schritt für Schritt gemeinschaftlich zu entwickeln und auch zu wissen, es ist Verantwortung zu tragen für die Bürgerinnen und Bürger und was die wirtschaftliche Seite betrifft.

Und wenn wir uns, gerade hier im Kreistag, bei vielen Sitzungen, wenn ich hier in die Reihen schaue, ja schon weit über Jahrzehnte hinaus mit diesem Thema befasst haben, war immer mehrheitlich die Botschaft, wir möchten die Brücke.

Und wenn wir Verantwortung übernehmen, bedeutet das für mich nicht nur ein Bekenntnis in Wort, sondern auch in Tat.

Dazu gilt es heute den ersten Schritt zu gehen, die Gelegenheit, Verantwortung formell zu übernehmen mit einem Beschluss, Verantwortung finanziell zu übernehmen, indem wir im Rahmen und die Vorlage liegt vor, uns entsprechend auch beteiligen. Immer auch mit der Überlegung, alles was wir dort investieren, ist nicht unser Geld, sondern das Geld der Bürgerinnen und Bürger, das uns zur Verfügung gestellt wird, um regionale Entwicklung und regionale Verantwortung aufzunehmen.

Und der dritte Part ist, aktiv Verantwortung zu übernehmen, mit dem Beschluss als formelle Grundlage, ein Verfahren zu begleiten, sich aktiv einzubringen. Deswegen bin ich ja dankbar, wenn Lutz Nink als Leiter des Landesbetriebes Mobilität in Diez als guter Partner in vielen Bereichen mit dabei ist. Dort kann man zuarbeiten, dort kann man sich aktiv einbringen und dann geht das Ganze gemeinschaftlich verzahnt und Schritt für Schritt miteinander, denn es muss eins klar sein: Es geht nicht um ein Projekt von Institutionen oder von, wie das oft genannt wird, einzelnen Amtsträgern, es geht um die ganze Region. Das ist das Mittelrheintal, ein Welterbe. Es ist weltweit einzigartig und braucht eine Entwicklungschance. Und wenn man selbst die Gelegenheit hat, seit letztem Jahr als Vorsteher im Welterbeverband tätig zu sein, kann ich Ihnen sagen, es macht auch Spaß, es ist ein tolles Tal mit engagierten Menschen auf beiden Seiten des Tales und es gibt auch Wege die man gehen kann, die zum Erfolg führen können.

Ein kleines Beispiel: Der bisherige Weg zur BuGa 2031. Das bedeutet Arbeit, das bedeutet Zusammenarbeit mit dem Land, als Entwicklungsagentur, mit den Kommunen vor Ort, Termine, wo man dann sicher nicht allzu früh nach Hause kommt, aber das Ergebnis ist, die Arbeit hat Spaß gemacht und wir haben einen Beschluss bekommen, der den nächsten Schritt zur Machbarkeitsstudie ermöglicht.

Das heißt, es gibt Beispiele, Wege zu gehen, gemeinschaftlich Schritt für Schritt. Und das ist unsere Überlegung auf dem Weg zur Brücke und von daher freue ich mich, dass wir heute die Gelegenheit haben, einen ganz entscheidenden Partner, Sie, lieber Herr Dr. Wissing, gewinnen zu können, für die Sitzung, um Informationen zu geben und für eine gemeinsame Beratung.

Und ich erhoffe mir von Ihnen, liebe Mitglieder des Kreistages, ein positives Signal und zukünftig auch auf dem Weg zur Brücke die Orientierung an der Leitlinie, die jetzt so oft an den Neujahrsempfängen ausgedrückt wird. Dort heißt es: Zusammenkommen ist ein Anfang, Zusammenhalt ist ein Fortschritt und Zusammenarbeit ist der Erfolg. Das als Leitlinie, verbunden mit einem positiven Beschluss des heutigen Tages, dann bekommen wir das hin mit dem Weg zur Brücke.

Das ist der Appell, nicht nur des Landrates des Rhein-Lahn-Kreises, sondern von jemandem der gerne mit den Menschen im Mittelrheintal unterwegs ist. Und vor allem wenn er dann, gerade bei den Schulen, bei der Überreichung der Abiturzeugnisse im Gymnasium St. Goarshausen, wo Kinder aus beiden Kreisen, aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis und aus dem Rhein-Lahn-Kreis in die Schule gehen, versucht, die Perspektive aufzuzeigen, Hoffnung zu machen, dass sie nicht nur einen guten Schulabschluss in ihrer Heimat haben, sondern dass sie auch eine Zukunft in der Heimat haben.

Und dafür, für diese junge Generation können wir heute entscheidende Schritte gehen.

Ich bitte um ihre Unterstützung, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herzlichen Dank.

Rede von Herrn Staatsminister Dr. Wissing
zur Sondersitzung des Kreistages am 10.01.2017

-es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages.

Zunächst einmal darf ich mich bedanken für die Einladung, ich bin gerne gekommen. Ich bin gerne gekommen, weil ich so viel gehört und gelesen habe über diese Brücke und auch sehr viel gelesen habe, was ich angeblich will und was ich angeblich nicht will und was andere wollen und angeblich nicht wollen, habe Leserbriefe vernommen, von Menschen die meine Haltung dazu besser zu kennen scheinen als ich, obwohl ich diese Menschen gar nicht kenne.

Und da dachte ich, es wäre vielleicht an der Zeit, dass wir mal miteinander über dieses Projekt sprechen, weil wir in einer Zeit leben in der sich sehr viel Politikverdrossenheit breit macht und die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, jedenfalls in der Luft, spürbar ist.

Und es ist nichts schlimmer, als wenn man den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck vermittelt, alle wollen etwas, aber es kommt irgendwie nicht. Und wer mich kennt weiß, ich bin ein Mensch des Konkreten und der Auffassung, dass man nur etwas erreichen kann, wenn man nach vorne blickt, wenn man sich eine klare Meinung zu etwas bildet und dann die Hürden, die es zu überwinden gilt, um ein Ziel zu erreichen, Schritt für Schritt abarbeitet.

Und dafür möchte ich Ihnen zur Verfügung stehen und dafür können Sie mich auch jederzeit gewinnen. Ich glaube, dass wir in Rheinland-Pfalz sehr viel dafür tun müssen, dass unser Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten gesichert wird. Wir haben große Herausforderungen zu meistern, wir haben eine Herausforderung was die demografische Entwicklung angeht, was die Fachkräftesicherung angeht.

Es ist eine wirkliche Herkulesaufgabe für uns Rheinlandpfälzerinnen und Rheinlandpfälzer dieses einerseits wunderschöne aber doch besonders strukturierte Bundesland so aufzustellen, dass es auch mal durch konjunkturell schwächere Zeiten glücklich hindurch kommen kann.

Und dazu leisten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen einen ganz wesentlichen Beitrag. Deswegen hat sich die Landesregierung darauf verständigt, Infrastruktur in den nächsten Jahren auszubauen. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass jedes Jahr 120 Mio. € in den Landesstraßenbau fließen sollen, um die Verkehrsinfrastruktur nach vorne zu bringen. Wir haben erfreulicherweise auch große Volumina an Bundesmitteln wieder zur Verfügung um in Rheinland-Pfalz die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen.

Und wenn Sie sich das anschauen, es gibt eine, sie wissen das, eine enge Verbindung zwischen Infrastrukturausbau und auch wirtschaftlicher Entwicklung und damit natürlich auch Sicherung von Lebensqualität im ländlichen Raum.

Und deswegen freue ich mich, dass die Menschen hier vor Ort sagen, wir wollen eine Rheinüberquerung haben.

Wir haben uns als Regierung darauf verständigt, sie dabei zu unterstützen. Wir wollen die Mittelrheinbrücke haben.

Und, Sie können mich beim Wort nehmen, ich werde alles im Rahmen meiner mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Amt des Verkehrsministers tun, um diese Brücke nach vorne zu bringen. Und ich lade Sie ein, dass wir das gemeinsam tun, Schritt für Schritt.

Und in diesem Zusammenhang, sind viele Dinge geäußert worden, wer was in der Vergangenheit einmal gesagt hat und welche Äußerungen früher von wem getätigt worden sind und wie man damit umzugehen hat. Ich rate uns, dass wir uns darauf verständigen was wir wollen, nicht nach hinten zu blicken, sondern den Blick gerade nach vorne nehmen und dann zu überlegen, wie können wir mit dem nächsten Schritt unser Ziel erreichen.

Und da will ich Ihnen sagen, können wir morgen schon damit anfangen, wenn wir uns denn darauf verständigen.

Das Ziel ist, eine Rheinquerung zu erreichen und dazu brauchen wir zunächst einmal verlässliche Planungsvorgaben. Wir müssen wissen, an welcher Stelle kann denn diese Brücke entstehen und danach wissen wir auch, wie wir weiter vorzugehen haben.

Da hat man mir gesagt, wir brauchen kein Raumordnungsverfahren, zunächst einmal müssen wir uns mit der konkreten Finanzierungsfrage befassen. Da will ich Ihnen sagen, wenn Sie Kinder haben und die fragen Sie mal Mama oder Papa, wärst du denn bereit einen gewissen Beitrag zu leisten, wenn ich mir ein Auto kaufe, dann werden Sie vielleicht sagen, ja, aber wenn dieses Kind dann fragt, ja wieviel Prozent übernimmst du denn von dem Auto, dann werden Sie möglicherweise fragen, was für ein Auto willst du denn. Weil ein Auto ist nicht ein Auto. Und daran macht man natürlich auch fest, in welchem Umfang oder ob gegebenenfalls man sich beteiligen kann oder nicht.

Und so ähnlich ist das auch mit Brücken. Eine Brücke ist nicht eine Brücke. Und wenn wir jetzt wissen wollen, um was für eine Brücke es sich hier konkret handelt und das ist auch für Sie als Verantwortungsträger auf kommunaler Ebene von ganz entscheidender Bedeutung, denn Sie wollen ja am Ende und das ist mir ein großes Anliegen Sie dabei zu unterstützen, auch nicht die berühmte Katze im Sack kaufen. Sondern Sie wollen ja auch wissen, in welchem Umfang belastet es eigentlich unseren Kreishaushalt, wie ist denn das Verhältnis Kosten – Nutzen.

Und können wir dann am Ende den Bürgerinnen und Bürgern, denen wir uns gegenüber verantwortlich fühlen und die uns Verantwortung übertragen haben, auch in die Augen blicken, wenn wir uns für eine Brücke entscheiden, was die Kostenentwicklung, die Baukosten und auch die Unterhaltungskosten angeht.

Und auch dabei möchte ich Sie unterstützen, dass Sie verlässliche Zahlen haben. Und genauso muss ich als Mitglied der Landesregierung darauf achten, dass wir nicht ins Blaue hinein planen, Zusagen machen und am Ende nicht mehr das

verantworten können, was wir angestoßen haben. Das ist zu oft passiert und das sollen wir vermeiden.

Und deswegen halte ich es für unabdingbar, dass wir ein Raumordnungsverfahren durchführen. Zunächst einmal konkretisieren, um welche Brücke handelt es sich denn, an welcher Stelle soll sie denn konkret sein und dann können wir auch recht präzise ermitteln, was für Kosten kommen denn auch auf die kommunale Seite zu. Und dann können wir Ihnen auch recht präzise sagen, in welchem Umfang sich das Land daran beteiligt.

Um bei meinem Beispiel zu bleiben, wir müssen jetzt mal wissen um welches Auto geht es denn.

Und das ist das ganz normale Verfahren und deswegen lade ich uns ein, dass wir dieses Raumordnungsverfahren auf den Weg bringen und weil ich weiß, dass das für Sie als kommunale Verantwortungsträger wichtig ist zu wissen, wie hoch sind die Kosten dabei und werden wir damit alleine gelassen, kann ich Ihnen sagen, natürlich nicht, Sie werden nicht alleine gelassen dabei.

Und die Beteiligung der Landkreise beläuft sich auf lediglich 50.000 Euro jeweils für das Haushaltsjahr 2017 und 2018. Die darüber hinausgehenden Planungsmittel in Höhe von 459.000 Euro stellt das Land Ihnen zur Verfügung und die gesamten Personalkosten und die Verfahrenskosten zur Erarbeitung der Raumordnungsunterlagen tragen wir ebenfalls für Sie, seitens des Landesbetriebes Mobilität.

Und damit haben Sie präzise Zahlenvorgaben, Sie haben einen präzisen Rahmen und wissen worauf Sie sich einlassen, auf welcher Grundlage Sie jetzt den nächsten Schritt gehen können ins Raumordnungsverfahren.

Ich habe mehrfach gelesen, dass gesagt wurde, man brauche gar kein Raumordnungsverfahren, um eine Straße zu bauen oder eine Brücke zu bauen.

Ohne Raumordnungsverfahren kommen wir in der Sache nicht weiter, es sei denn wir wollen ins Blaue hineinplanen, aber das glaube ich ist weder haushaltspolitisch verantwortbar, noch im Interesse irgendeines Anwesenden hier in diesem Raum.

Und deswegen sollten wir uns nicht mit Forderungen politisch beschäftigen, was wir zuerst machen, sondern wir sollten uns rein fachlich damit auseinandersetzen, was ist denn der nächste erforderliche Schritt.

Und da bin ich wieder bei dem was ich eingangs gesagt habe, wenn wir uns gemeinsam auf das Ziel verständigen, wir wollen diese Brücke haben, dann müssen wir Schritt für Schritt die Dinge angehen und abarbeiten, damit wir der Brücke Tag für Tag einen Schritt näher kommen. Anders ist es nicht zu machen, aber so ist es ein guter Weg.

Und ich bin dann gefragt worden, wie hoch ist denn da die Kostenbeteiligung des Landes Rheinland-Pfalz. Das werde ich Ihnen sehr präzise rechtzeitig mitteilen, wenn wir wissen, was kommt denn genau an Kosten auf uns zu.

Dann schwirrte diese Zahl herum mit 65 %, ja das ist die Standardförderung und wenn man mich abstrakt fragt, was ist denn die Kostenbeteiligung des Landes bei einem solchen Projekt, dann kann ich Ihnen die Mindestbeteiligung von 65 % nennen. Aber das ist nicht Maßstab, sondern das ist nur eine Mindestbeteiligung. Ich werde dafür sorgen und werde daran arbeiten, dass sie weit darüber hinausgeht. Das ist mein Ziel. Und ich bin da auch guter Dinge, weil ich weiß, dass meine Kollegen in der Landesregierung im Kabinett diese Haltung teilen und wir haben uns ja auch im Koalitionsvertrag darauf verständigt.

Und jetzt kann ich Sie nur herzlich bitten, dass wir Misstrauen überwinden, ich nenne das Wort ganz bewusst, weil aus den politischen Äußerungen, die ich so im Umfeld gehört habe, das einfach ein Stück weit mit angeklungen ist.

Das mag entstanden sein, aus welchen Gründen auch immer, vielleicht weil der eine irgendeine Äußerung getätigt hat, die den anderen verwirrt hat oder verwundert hat. Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir aufarbeiten, wer was in den letzten Jahren zu diesem Thema gesagt hat, sondern wir kommen nur weiter, wenn wir jetzt Schritt für Schritt das abarbeiten, was auf dem Weg hin zur Brücke an Aufgaben folgt.

Und das ist mein Angebot an Sie und da können Sie auf mich zählen. Es gibt bei mir keinerlei Verzögerung, es gibt bei mir keinerlei mangelnde Begeisterung für dieses Brückenprojekt, ich will, dass die Brücke kommt. Und wenn Sie das auch wollen, dann haben Sie mit mir einen verlässlichen Partner, einen leidenschaftlichen Kämpfer für diese Brücke, der alles tun wird, damit dieses Infrastrukturprojekt mit maximaler Beschleunigung, mit maximaler Kostentransparenz, aber, und das ist für Sie, ich war selbst jahrelang Kommunalpolitiker, auch sehr wichtig, mit einem hohen Maße an Präzision, was die Kostenberechnung angeht, auf den Weg gebracht wird. So etwas darf nicht einfach blauäugig gemacht werden und die Kosten am Ende laufen uns aus dem Ruder.

Und ich will zu den Kosten auch noch Folgendes sagen: Es sind ja verschiedene Studien in Auftrag gegeben worden, da kursieren Zahlen, es kostet mindestens 40 Millionen Euro und wahrscheinlich wird es noch viel mehr und so weiter. Das sind alles Zahlen, die jeglicher sachlicher und fachlicher Grundlagen entbehren.

Ich bleibe nochmal bei meinem Beispiel, ein Auto ist nicht ein Auto, es hat eine große Bandbreite, auch was die Kosten angeht. Und eine Brücke ist auch nicht eine Brücke, es gab 3 verschiedene Entwürfe die mal gemacht worden sind.

Da gab es einen, der lag bei unter 15 Millionen Euro, es gab einen der lag knapp unter 20 Millionen Euro und es gab einen, der lag bei 40 Millionen.

Jetzt kann man natürlich hergehen und sagen wir orientieren uns immer am Teuersten, aber wenn Sie sich anschauen, es muss ja nicht die Variante sein, die man am Ende baut.

Und deswegen finde ich, wir sollten uns jetzt nicht verrückt machen, mit irgendwelchen Schätzungen ins Blaue hinein, sondern wir sollten die nächsten Schritte gehen, das Raumordnungsverfahren auf den Weg bringen. Wir sollten uns dann mit der UNESCO abstimmen, welches Modell denn am geeignetsten ist und wir müssen dabei auch, bei aller Liebe zur architektonischen Schönheit, auch darauf achten, dass die Unterhaltungskosten am Ende nicht aus dem Ruder laufen.

Wenn ich einen Entwurf sehe, der die Brücke ohne Not 170 Meter länger bauen will als ein anderer, dann denke ich schon, dass wir darüber auch unter dem Gesichtspunkt der späteren Unterhaltungskosten nachdenken müssen. Und das sollten wir auch bei aller Bedeutung des UNESCO-Weltkulturerbes frühzeitig mit den zuständigen Organisationen besprechen.

Und je früher wir damit anfangen, umso besser ist es.

Und deswegen nochmal mein Angebot, lassen Sie uns nicht durch Scheindebatten auseinander dividieren, ich spüre in der Region, dass die Unterstützung bei diesem Projekt sehr groß ist, dass wir eine breite Mehrheit haben, wir brauchen die Unterstützung der Landkreise auf beiden Seiten, die Brücke fängt auf der einen Seite an und hört auf der anderen Seite auf, wir können sie nicht nur bis zur Mitte bauen und sie soll auch von beiden Seiten befahrbar sein.

Und deswegen habe ich gesagt, als ich gemerkt habe, dass da Vorbehalte aufkommen, ich möchte das gerne mit den Mitgliedern des Kreistages vor Ort besprechen. Wenn Sie mir sagen, wir haben es uns anders überlegt, wir wollen die Brücke nicht, ist das Ihre Entscheidung, aber Sie sollten diese Entscheidung dann sehr bewusst treffen und nicht weil Ihnen suggeriert wird, die Landesregierung würde nicht mit offenen Karten spielen.

Ich will mit ganz offenen Karten spielen, ich will die Brücke haben.

Wenn Sie sie wollen, dann haben Sie mit mir einen leidenschaftlichen Kämpfer und Partner für diese Brücke und ich finde, das war mein Eindruck, dass in beiden Kreistagen klare Mehrheiten dafür vorhanden sind und dann sollten wir die Region hier wahren und sollten auch diese Chance hier nutzen, jetzt können Sie sie haben und es wäre schön, wenn wir uns darauf verständigen würden.

Ich werde auch den Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises besuchen, ich habe dies dem Landrat gleichermaßen angeboten und hoffe, dass wir dort auch die Chancen erkennen, gemeinsam für die Infrastruktur in der Region etwas zu bewegen.

Natürlich sind solche Brückenprojekte immer auch umstritten, natürlich muss man genau schauen, was ist eine umweltverträgliche Variante, aber all diese Fragen kann man nicht abstrakt ins Blaue hinein beantworten, sondern nur wenn man jetzt konkreter wird.

Ich finde, dass 50.000 Euro pro Haushaltsjahr mehr als ein faires Angebot seitens des Landes ist und ich sage Ihnen nochmal zu, wir werden mit maximaler Beschleunigung dieses Verkehrsinfrastrukturprojekt vorantreiben.

Es liegt in meinem ureigenem Interesse Ihnen dabei zu helfen, weil ich darin als Wirtschaftsminister eine große Chance für die Region sehe.

Wir können, wenn Sie das wollen, unmittelbar beginnen, nach der Kreistagssitzung mit der Vergabe der Aufträge für die Verkehrsuntersuchung und für die Umweltverträglichkeitsstudie, das ist eine Möglichkeit mit der wir sofort anfangen können, eine Möglichkeit der Beschleunigung.

Aber ohne Raumordnungsverfahren, um das nochmals zu sagen, kann ich und das kann auch kein anderer, die Brücke nicht weiter vorantreiben.

Deswegen bitte ich in diesem Sinne um Ihre Unterstützung und sage Ihnen umgekehrt nochmals zu, die Landesregierung wird dieses Infrastrukturprojekt für Sie mit maximaler Aufmerksamkeit, mit maximaler Beschleunigung, selbstverständlich aber unter Beachtung aller rechtlichen Vorgaben und da kann ich Ihnen als Verkehrsminister einiges sagen, was wir uns da in Deutschland an Hürden aufgebaut haben.

Es gehört auch zur Wahrheit dazu, deswegen werden wir das nicht innerhalb von einem Jahr abschließen können, aber wir haben keine Zeit zu verlieren, die Mittel sind heute da, die Bereitschaft der Regierung ist dazu da, lassen Sie es uns gemeinsam einfach machen.

Vielen Dank.